

Mit großen Versprechungen wird die Übernahme von Versorgungsbetrieben durch die Kommunen betrieben. Doch wenn die Rechnungen nicht aufgehen, haften die Bürger.

Die Kommunalisierungsfalle

Von Gerd Held

Ob Deutsche Bahn oder Vattenfall – Großunternehmen haben es nicht leicht in dieser Zeit. Besonders dort, wo solche Unternehmen mit der täglichen Versorgung der Bürger zu tun haben, wird ihnen schnell vorgeworfen, an dieser Versorgung eigentlich gar nicht interessiert zu sein, sondern nur auf den Gewinn zu sehen. Großer Betrieb gleich großer Profit lautet die simple Schlussfolgerung. Dort, so ist die Annahme, sitzen irgendwie Allmächtige, die alles zu ihren Gunsten und auf Kosten der Bürger manipulieren können. Generell ist der Eindruck entstanden, es gebe eigentlich gar keine sachlichen Gründe dafür, dass sich im Bereich von Energie, Wasser oder Müll überregionale und internationale Großunternehmen bilden. Kostenvorteile und ein spezifisches Know how solcher Unternehmen werden nicht mehr gesehen. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass gegenwärtig eine Lösung ganz unverhofft wieder zu Ehren kommt, die man eigentlich geschichtlich überholt glaubte: die Verstaatlichung. Diesmal geht es nicht um eine Überführung in zentralstaatliches Eigentum, sondern in die lokale öffentliche Hand. „Rekommunalisierung“ ist das Zauberwort und es hat den Charme der kleinen, bürgernahen Lösung. „Wir von hier“ übernehmen die Versorgung, lautet ein Slogan. Dahinter steht eine reale Trendumkehr. Hatte noch Ende der neunziger Jahre der damalige Präsident des Deutschen Städtetages ein „Sterben der Stadtwerke“ vorausgesagt, so gab es seit 2007 mehr als 40 Neugründungen. In einer Umfrage aus dem Jahre 2011 wünschten sich 80% der deutschen Kommunen mehr Einfluss in den verschiedenen Versorgungsbereichen, allen voran im Energiebereich. Auch der Bund muss dem neuen

Trend Tribut zollen. Das Gesetz zur Müllentsorgung wurde zu Gunsten öffentlicher Betriebe verändert; bei der Wasserversorgung scheiterte vor einigen Monaten eine marktöffnende EU-Richtlinie am Veto der Bundesregierung und anderer Regierungen.

Gewiss ist es gut, dass Städte und Gemeinden heute stärker darauf achten, dass die lokalen Belange in den verschiedenen Versorgungszweigen Berücksichtigung finden. Ganz unberechtigt ist die Sorge der Bürger, dass ihr Ort im globalen Geschäftsfeld der Konzerne zu wenig Gewicht hat, nicht. Besonders für die größeren Städte ist auch wichtig, dass sie zum technischen und finanziellen Know how in diesem Bereich Zugang haben. Das alles spricht eigentlich für gemischte, partnerschaftliche Lösungen, bei denen die öffentliche Hand Anteile erwirbt und so einen Fuß in der Tür hat. Doch die Rekommunalisierungswelle zielt weiter, sie vertritt eine absolute Lösung – die Alleinherrschaft der öffentlichen Hand. Sie zielt auf die Bildung eines lokalen Monopols, das kurzerhand mit dem Allgemeinwohl gleichgesetzt wird. Von vielen Vertretern der öffentlichen Hand wurde in jüngster Zeit so laut und prinzipiell die private Hand bei Energie, Wasser oder Müll unter Generalverdacht gestellt, dass man sich jetzt schwer tut, zu öffentlich-privaten Partnerschaften zu finden. Der Unterschied zwischen lokalen und internationalen Akteuren ist oft zu ideologisch aufgeladen, um pragmatisch zusammenzuarbeiten. Dazu kommen die großen Versprechungen, mit denen gegenwärtig versucht wird, Stimmung für die kommunale Monopolwirtschaft zu machen. „Für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung“ ist der Titel eines Gesetzentwur-

fes zum Erwerb des Berliner Stromnetzes durch die öffentliche Hand, der durch einen Volksentscheid am 3. November auf den Weg gebracht werden soll. Der Text erweckt den Eindruck, durch den Kauf würde der Strom für die Bürger billiger und zugleich einträglicher für die Stadt. Obendrein soll die teure erneuerbare Energie bevorzugt werden und den Beschäftigten eine Arbeitsplatzgarantie gegeben werden. Der kommunale Netzerwerb wird also mit einem Wunsch-Dir-Was-Programm verbunden – eine Irreführung der Bürger, die Olaf Scholz (SPD), den regierenden Bürgermeister von Hamburg, dazu veranlasste, zum Berliner Vorhaben auf Distanz zu gehen.

Gerade die vielfältigen Versprechungen, die die Anhänger des Allheilmittels „öffentliches Eigentum“ abgeben, zeigt sich das Problem solcher Lösungen. Diese Eigentumsform ist in besonderer Weise allen möglichen Begehrlichkeiten von Interessengruppen ausgesetzt. Da hier eine lebenswichtige Versorgungsleistung monopolisiert wird, hat der Bürger als Kunde gar kein Mittel, sich gegen solche Begehrlichkeiten zu wehren. Die Hand am Hauptschalter der Energieversorgung einer ganzen Stadt erinnert fatal an die Blockademacht, die man schon vom öffentlichen Nahverkehr kennt. Vor kurzem hat sich der Präsident des Bundeskartellamts kritisch zur Kommunalisierungseuphorie geäußert. Es droht hier auch die Gefahr, dass die Versorgungssysteme zum Spielball sachferner Entscheidungen werden. Wir befin-

den uns nicht mehr in der Gründerzeit vor mehr als 100 Jahren, als eine Generation von Ingenieuren den Städten mit kommunalen Stadtwerken auf die Sprünge half. Hier gab es einen Kompetenzvorsprung, von dem heute nicht die Rede sein kann. Die Initiatoren der Rekommunalisierung sind in den seltensten Fällen technische Fachleute. Überhaupt hat die öffentliche Hand seit längerer Zeit andere Interessenschwerpunkte. Städte und Gemeinden sind von ihren laufenden (Sozial-)Aufgaben in Beschlag genommen. Ihre Investitionsfähigkeit sinkt seit Jahrzehnten – finanziell und personell. Sollen also die Kommunen, die sich schon bei der Bestandspflege von Straßen, Schulgebäuden und Parks schwer tun, nun die alleinige Verfügungsmacht über die Versorgungstechnik der Zukunft bekommen? Das wäre ein gefährliches Experiment. Vor allem, wenn man bedenkt, dass vier Fünftel der Kommunen hochverschuldet sind und sich für den Rückkauf von Versorgungsunternehmen noch stärker verschulden müssen. Die Kommunalisierung wird hier zur Falle für die Bürger. Denn sie (und nicht allein die politischen Amtsträger) sind es, die für die Verluste haften – entweder durch höhere Gebühren und Steuern, oder durch einen allgemeinen Verfall ihrer Stadt, wenn die einfachsten Reparaturen an öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen nicht mehr bezahlbar sind. So fern ist diese Gefahr nicht. Die Kreditzinsen müssen nur ein bisschen steigen.

(Manuskript vom 25.8.2013, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 30.8.2013 unter der Überschrift „Am Ende zahlen wir's“)